

JEDER MENSCH BRAUCHT
FREIHEIT, UM SEINE
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN
ENTFALTEN UND
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.
DIE WIRTSCHAFT STAGNIERT
WENN ES KEINE FREIHEIT
GIBT, FREI ZU VERFÜGEN ÜBER
VERFÄLLEN KULTUR UND
WISSENSCHAFTEN. STAGNIERT
DIE WIRTSCHAFT.
GEISTIGES LEBEN BRAUCHT
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

Liberales Institut

WAHLFREIHEIT DER ELTERN IM BILDUNGSWESEN DER USA – EIN ÜBERBLICK.



Jennifer Marshall

Position Liberal

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung
Truman-Haus
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam

Tel.: 0331/70 19-210
Fax: 0331/70 19-216
Email: libinst@fnst.org
www.libinst.de

Verlag und Gesamtherstellung
Comdok GmbH
Büro Berlin
Reinhardtstr. 16
10117 Berlin

Druck und Gesamtgestaltung
ESM Satz und Grafik GmbH
Wilhelminenhofstraße 83-85
12459 Berlin

2006

WAHLFREIHEIT DER ELTERN IM BILDUNGSWESEN DER USA – EIN ÜBERBLICK.

Jennifer Marshall

Vortrag anlässlich der Konferenz „Liberal Education“
des Liberalen Instituts, Friedrich-Naumann-Stiftung,
Truman-Haus, 14437 Potsdam,
2. - 4. September 2005

Übersetzung: Johanna Klemm

Im vergangenen Jahr wurde in den USA der 50. Jahrestag eines Grundsatzurteils des Obersten Gerichtshofs in der Sache *Brown v. Board of Education* begangen. Mit dieser Entscheidung wurde die Rassentrennung in den öffentlichen Schulen der USA aufgehoben – oder ihr zumindest die *rechtliche* Grundlage entzogen. In der Praxis setzt sich die sozio-ökonomische Segregation in amerikanischen Schulen bis heute fort. Das heutige öffentliche Schulsystem wird oft als ein Zwei-Schichten-System beschrieben. Was das konkret bedeutet, kann am Beispiel zweier Kinder, Amanda und Anthony, illustriert werden, die in bzw. im Umland von Chicago leben.

Als Vertreter der einen Schicht haben wir Kinder wie Amanda: Sie geht in einem der wohlhabenden Vororte im Westen Chicagos zur Schule. Amanda ist weiß, genau wie neun von zehn ihrer Mitschüler. In der 5. Klasse, d. h. im Alter von ca. 10 Jahren, liegt Amanda bei den Prüfungen des Bundesstaates Illinois im Lesen und in Mathematik über dem Durchschnitt ihrer Klassenstufe. Fast alle Schüler ihrer Klasse erfüllen oder übertreffen die Standards, die der Bundesstaat für die 5. Klasse festgelegt hat: In Mathematik sind es 97% und in Lesen 94%. Diese Werte liegen weit über dem Durchschnitt des Bundesstaates Illinois, in dem 63% der Fünftklässler die Vorgaben in Mathematik und 58% in Lesen erfüllen.¹ Amanda wird wahrscheinlich eine Highschool besuchen, an der der klassische Fächerkanon sowie zusätzliche Wahlfächer angeboten werden und an der die große Mehrheit der Schüler nach Abschluß der Schule studieren wird: einige an den besten Universitäten der USA.

25 Meilen entfernt, lebt im Süden Chicagos ein Fünftklässler, den wir Anthony nennen wollen. Anthony ist wie 99% seiner Schulkameraden schwarz. Wie die meisten seiner Altersgenossen hinkt er in Mathematik hinterher: Nur einer von zehn erreicht im Jahr 2002 die Standards des Bundesstaates in diesem Fach. In Lesen kann er mit Mühe Schritt halten und erreicht knapp die Vorgaben (wie nur 18% seiner Klassenkameraden).² Anthony wird wahrscheinlich eine Highschool besuchen, an der die Schulfächer an zweiter Stelle nach dem Kampf ums pure Überleben kommen. Anthony hat eine 50%ige Chance, die Highschool abzuschließen; den Statistiken zufolge schließt in den USA nur die Hälfte der schwarzen Schüler die Highschool ab.

1 GreatSchools.Net, „Wiesbrook Elementary School profile,“ unter http://www.greatschools.net/modperl/browse_school/il/4183 (15. März 2004).

2 GreatSchools.Net, „Carter Elementary School profile,“ unter http://www.greatschools.net/modperl/browse_school/il/996/ (15. März 2004).

Diese eingeschränkten Zukunftsperspektiven von Schülern wie Anthony ließen u. a. den früheren Bildungsminister Rod Paige über die Grundsatzentscheidung *Brown v. Board of Education* urteilen: „Fünfzig Jahre danach bleibt noch viel zu tun,“ wenn Kinder rechtlich verpflichtet sind, leistungsschwache öffentliche Schulen an ihrem Wohnort zu besuchen, die eine höhere Gewalttrate verzeichnen.

Viele werden dem zustimmen, dass die freie Schulwahl durch die Eltern ein vielversprechendes Instrument ist, um die Chancengleichheit zu fördern. Im Jahr 2002 bestätigte der Oberste Gerichtshof der USA in der Sache *Zelman v. Simmons-Harris* die Rechtmäßigkeit des Schulgutscheinprogramms der Stadt Cleveland, ein staatlich finanziertes Stipendienprogramm für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Für manche ist diese Entscheidung das bedeutendste Grundsatzurteil für das Bildungswesen seit *Brown v. Board of Education*. Es stärkt die Bürgerrechte ganz im Sinne von *Brown v. Board of Education*. So meint ein Bildungsverband: „Für Familien aus Minderheiten kann das Urteil in der Sache *Zelman v. Simmons-Harris* halten, was das Urteil *Brown v. Board of Education* 1954 verprach und nie hielt: Chancengleichheit in der Bildung.“

Überblick über das Schulwesen in den USA

47,9 Mio. Schüler besuchen in den Vereinigten Staaten 94.112 Schulen. 3.400 dieser Schulen sind öffentliche Schulen freier Träger. Diese Schulen sind zwar staatlich finanziert, werden jedoch von einem freien Träger verwaltet und betrieben, d. h. nicht von der örtlichen Schulbehörde oder einem Schuldistrikt (sondern z. B. von einer Universität, einem Lehrerverband oder einem privaten Träger). Die Ausgaben liegen in den öffentlichen Schulen in den USA im Mittel bei US\$ 8.589, wobei Washington D.C. mit US\$ 15.078 an der Spitze liegt und Utah mit US\$ 5.578 das Schlusslicht bildet.

5,9 Mio. Schüler besuchen eine der 27.223 Privatschulen der USA. Die durchschnittlichen Schulgebühren betragen für die private *Elementary School* (1.-6. Klasse, 6-12 Jahre) weniger als US\$ 3.500, für die *Secondary School* (7.-12. Klasse, 12-18 Jahre) US\$ 6.052.)

Die landesweiten Ausgaben für öffentliche Schulen der Stufen *Kindergarten* (Vorschule) bis 12. Klasse (ca. 5-18 Jahre), abgekürzt K-12, belaufen sich auf US\$ 500 Mrd. jährlich. 42,7% hiervon stammen aus dem Steueraufkommen der Kommunen, 49% aus dem der Bundesstaaten und 8,4% aus dem des Bundes.

Insgesamt gibt die Bundesregierung der USA US\$ 125 Mrd. für *Preschool* (Kindergarten, 3-5 Jahre), die Schulstufen K-12 und die Hochschulbildung

aus. US\$ 60 Mrd. der Bundesausgaben fließen in die Schulstufen K-12. Dieser Betrag ist in den vergangenen vier Jahrzehnten drastisch gestiegen: 1965 lagen die Bundesmittel für die Schulstufen K-12 nur bei US\$ 5 Mrd. (in US\$ von 2003).

Obwohl die Ausgaben gestiegen sind, so dass die Vereinigten Staaten heute mehr als fast jede andere Nation für ihr Bildungswesen aufwenden, stagnieren die Schulleistungen. Heute ergeben die Zahlen des *National Assessment of Educational Progress* (NAEP - US-weite Erhebung zur Bewertung des Bildungsfortschritts), dass von den Viertklässler nur 31% die Standards in Lesen erfüllen, 32% in Mathematik, 29% in Naturwissenschaften und 18% in amerikanischer Geschichte. Überdies reduzierten sich diese Zahlen für Schüler aus einkommensschwachen Familien nochmals um die Hälfte.

Überblick über die Programme zur Förderung der freien Schulwahl

Im Jahr 1975 existierten in den Vereinigten Staaten nur drei begrenzte Programme, die eine freie Schulwahl ermöglichten. Heute verfügen die meisten Bundesstaaten über irgendeine Form der freien Schulwahl, und viele stellen den Eltern eine ganze Bandbreite von Wahlmöglichkeiten zur Verfügung. Diese Programme gestalten sich z. B. in Form von Schulgutscheinen (in Florida, Milwaukee, Wisconsin, Cleveland, Ohio, Utah und Washington D.C.), Steuergutschriften oder steuerlicher Absetzbarkeit für die Familien (z. B. in Minnesota, Illinois und Iowa) und Steuergutschriften für Spender (möglich in Arizona, Florida und Pennsylvania).

Weitere 40 Bundesstaaten und der Regierungsbezirk Washington D.C. verfügen über gesetzliche Regelungen, die öffentliche Schulen in freier Trägerschaft zulassen, während 15 Bundesstaaten für öffentliche Schulen die freie Schulwahl erlauben (d. h. Schüler können eine andere öffentliche Schule besuchen, als die ihrem Wohnort zugeordnete). Zusätzlich erlauben alle Bundesstaaten Eltern, ihre Kinder selbst zu unterrichten, und die Eltern von schätzungsweise einer Million Schüler machen davon auch Gebrauch.

Historie der Programme zur Förderung der freien Schulwahl

* 1869	VERMONT Schulgeldstipendien
* 1873	MAINE Schulgeldstipendien
* 1955	MINNESOTA Steuerliche Absetzbarkeit
* 1983	<i>Mueller v. Allen</i> , Oberster Gerichtshof der USA bestätigt das Modell des Bundesstaats Minnesota
* 1985	MINNESOTA Schulwahlprogramm
* 1987	IOWA Steuergutschrift
* 1988	MINNESOTA Freie Schulwahl über den Schuldistrikt hinaus
* 1990	Milwaukee Schulgutscheinprogramm (WISCONSIN)
* 1991	MINNESOTA Schulen freier Träger
* 1995	Cleveland Stipendienprogramm (OHIO)
* 1997	ARIZONA Steuergutschrift
* 1999	ILLINOIS Steuergutschrift
* 1999	FLORIDA <i>A+ Program</i>
* 1999	McKay-Stipendienprogramm (FLORIDA)
* 2001	FLORIDA Steuergutschrift
* 2001	PENNSYLVANIA Steuergutschrift
* 2002	<i>Zellman v. Simmons-Harris</i> , Oberster Gerichtshof bestätigt Schulgutscheine in Cleveland
* 2004	WASHINGTON, DC Schulgutscheine
* 2005	UTAH Gutscheinprogramm für Sonderschüler; OHIO: Ausweitung des Schulgutscheinprogramms auf Schüler leistungsschwacher Schulen im ganzen Bundesstaat (Start 2006-07)

Im Detail: die Programme zur Förderung der freien Schulwahl in der Praxis

I. Washington D.C.

Die schwache Leistung der öffentlichen Schulen in Washington D.C. machte deutlich, wie dringend ein Programm zur freien Schulwahl gebraucht wurde. Im ersten Jahr des Programms konnten 83 der 151 öffentlichen Schulen des Regierungsdistrikts D.C. nicht die vom Bildungsgesetz *No Child Left Behind Act* geforderten angemessenen Fortschritte erbringen. Die Schulabbrecherquote gehörte zu den höchsten der USA. Das Programm startete mit einer Finanzspritze von US\$ 13 Mio. und stellte Schulgutscheine im Wert von bis zu US\$ 7.500 zur Verfügung, durch die die Teilnahme von ca. 1.700 Schülern am Programm ermöglicht wurde. Gefördert werden nur Schüler aus einkommensschwachen Familien, wobei Schüler aus besonders schwachen öffentlichen Schulen Priorität eingeräumt wird. Das Programm wird von einer privaten Körperschaft, dem *Washington Scholarship Fund*, verwaltet, die schon seit etlichen Jahren ein privat finanziertes Gutscheinprogramm betreibt.

Im ersten Jahr des Programms nahmen nur 1.000 Schüler daran teil. Das späte Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes ließ den Schülern vor Beginn des Schuljahrs nur wenige Monate Zeit sich zu bewerben. Im zweiten Jahr des Bestehens bewarben sich jedoch für jeden Platz im Programm zwei Kandidaten.

Auf Beschluss des Kongresses findet eine Auswertung der ersten fünf Jahre statt. Dabei werden die Leistungen der Schüler, die Zufriedenheit der Eltern, die Auswirkungen auf die Schüler und die Auswirkungen auf die öffentlichen Schulen gemessen.

Washington D.C. – Zusammenfassung:

* Einführung:	2004
* Teilnahmeberechtigt:	Schüler aus einkommensschwachen Familien
* Gutschein:	US\$7.500
* Schüler:	1.700
* Aktuelle Rechtsprechung:	bisher keine Anfechtung

II. Milwaukee, Wisconsin

Ca. 15.000 Schüler nehmen am *Milwaukee Parental Choice Program* teil. 1990 eingeführt und 1995 erweitert, vergibt das Programm Schulgutscheine für Familien in Milwaukee, deren Einkommen bei 175% der Armutsgrenze liegt oder diesen Wert unterschreitet, so dass ihre Kinder private oder religiöse Schulen ihrer Wahl besuchen können. Der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates Wisconsin bestätigte im Jahr 1998 die Rechtmäßigkeit des Programms und der Oberste Gerichtshof der USA lehnte eine Revision dieses Urteils ab. Studien zeigen, dass Schüler nach 4 Jahren Beteiligung am Gutscheinprogramm eine Verbesserung von 6 Prozentpunkten in Lesen und eine Verbesserung von 11 Prozentpunkten in Mathematik erreichten (Greene, Peterson, and Du, 1999). Eine andere Auswertung ergab, dass Schüler eine Verbesserung von 8 Prozentpunkten in Mathematik erzielten, wenn sie mit einem Schulgutschein eine Schule ihrer Wahl besuchen konnten (Rouse 1998). Im Moment sind die Kapazitäten des Programms voll ausgeschöpft (mit einer Obergrenze von 15.000 Schülern). Als der Stadtrat von Milwaukee eine Erhöhung dieser Grenze anstrebte, scheiterte dies am Widerstand des Oberbürgermeisters der Stadt.

Milwaukee, Wisconsin – Zusammenfassung:

* Einführung:	1990, erweitert 1995
* Teilnahmeberechtigt:	Einkommen von 175% der Armutsgrenze oder weniger
* Gutschein:	US\$ 5.882
* Schüler:	15.000
* Aktuelle Rechtsprechung:	1998 vom Obersten Gerichtshof von Wisconsin bestätigt (Revision vom Obersten Gerichtshof der USA abgelehnt)

III. Cleveland, Ohio

Seit seinem Inkrafttreten im Jahr 1995 stellt das *Cleveland Scholarship and Tutoring Program* Schülern der *Elementary School* Gutscheine im Wert von bis zu US\$ 2.250 zur Zahlung der Schulgebühren von Privatschulen ihrer Wahl zur Verfügung. Obwohl die Zahl der verfügbaren Gutscheine von 4.523 im Schuljahr 2001/2002 auf 5.523 im Schuljahr 2002/2003 erhöht wurde, mussten Beamte,

nach eigenen Aussagen, mehr als 1.100 Eltern aus Cleveland abweisen, die sich um Gutscheine beworben hatten, weil die Nachfrage zu groß war. Im Jahr 2005 verabschiedete das Parlament des Bundesstaates Ohio einen Haushalt, in dem auch Gelder für die Ausweitung des Gutscheinprogramms auf Schüler aus leistungsschwachen Schulen im ganzen Bundesstaat vorgesehen waren. Demzufolge sollen 14.000 Schüler am Programm teilnehmen können, das im Jahr 2006 starten soll.

Studien zufolge kommt das Programm in Cleveland Haushalten mit geringerem Einkommen zugute als das bei den öffentlichen Schulen der Fall ist, und die Wahrscheinlichkeit ist größer, dass Schüler im Gutscheinprogramm aus Haushalten alleinerziehender Mütter stammen (Harvard, 1999). Eine Studie der Indiana University wies nach zwei Jahren leichte Verbesserungen in den Fächern Sprache und Naturwissenschaften nach (1999) und konsistent höhere Testergebnisse über drei Jahre hinweg (2001). Gutscheinschulen verfügten auch über eine bessere Rassenintegration als das öffentliche Schulsystem (Buckeye Institute, 1999)

Cleveland, Ohio – Zusammenfassung:

* Einführung:	1995
* Teilnahmeberechtigt:	Schüler aus leistungsschwachen Schulen
* Gutschein:	US\$ 2.250
* Schüler:	5.675 (2004-2005), Erweiterung des Programms im Schuljahr 2006-07 auf potenziell 14.000 im ganzen Bundesstaat
* Aktuelle Rechtsprechung:	bestätigt im Jahr 2002 durch den Obersten Gerichtshof der USA (<i>Zelman v. Simmons-Harris</i>)

IV. Florida

Florida verfügt über drei Programme zur Förderung der freien Schulwahl:

- *A+ Opportunity Scholarships* (Stipendien zur Förderung der Chancengleichheit)
- McKay-Stipendienprogramm für Schüler mit Behinderung
- Steuergutschriften für Spenden an Stipendienfonds für arme Schüler.

A. Opportunity Scholarships

Der *A+ Plan*, der 1999 unter Gouverneur Jeb Bush eingeführt wurde, schuf ein Bewertungssystem für Floridas öffentliche Schulen, das auf den Testergebnissen des *Florida Comprehensive Assessment Test* (FCAT – Erhebung zur Bewertung des Bildungsfortschritts in Florida) basierte. Schüler, deren Schulen in zwei von vier Jahren die Note „F“ (auf einer Skala von A – F) erhielten, konnten mithilfe eines Stipendiums der *Opportunity Scholarships* an eine öffentliche Schule mit besserer Leistung oder an eine Privatschule wechseln. Der Wert des Stipendiums entspricht den Ausgaben des Bundesstaates pro Schüler oder den Schulgebühren und sonstigen Gebühren der Privatschule, je nachdem welcher Betrag geringer ist.

Im Schuljahr 2002/2003 besuchten 702 der 1.611 Stipendiaten der *Opportunity Scholarships* eine Privatschule, der Rest wählte eine andere öffentliche Schule.

Im Jahr 2001 veröffentlichte Jay P. Greene eine Analyse des *A+ Plans*. Ihm zufolge hatten die 76 durchgefallenen Schulen im Schuljahr 1999/2000 im Mittel eine Verbesserung von 17,59 Punkten in Lesen erzielt und von 25,66 Punkten in Mathematik im Leistungstest des Bundesstaates, dem FCAT, der eine Skala von 100 bis 500 verwendet. Die Schulen, die die Note „D“, erhalten hatten, verzeichneten eine Steigerung von 10,02 Punkten in Lesen und von 16,06 Punkten in Mathematik.

Der Plan des Bundesstaates, die Schulen in die Pflicht zu nehmen, führte auch zu einer Verbesserung des Systems. Seit Einführung des *A+ Plans* im Jahr 1999 haben sich die Ergebnisse im Fach Lesen in drei Klassenstufen sowie unter afroamerikanischen, hispanischen und weißen Schülern signifikant verbessert. Stetige Zuwächse wurden auch bei Schülern von Sonderschulprogrammen verzeichnet.

Floridas *A+ Opportunity Program* – Zusammenfassung:

* Einführung:	1999
* Teilnahmeberechtigt:	<i>Elementary und Secondary school</i>
* Gutschein:	Ausgaben des Bundesstaates pro Schüler
* Schüler:	690 (2004-2005)
* Aktuelle Rechtsprechung:	SCHWEBENDES VERFAHREN

B. McKay-Stipendienprogramm

Das McKay-Stipendienprogramm, das im Jahr 1999 vom Parlament Floridas als Pilotprogramm gestartet wurde und 2001 auf den gesamten Bundesstaat ausgeweitet wurde, stellt Gutscheine für behinderte Schüler zur Verfügung, wenn ihre Eltern nicht mit ihren schulischen Fortschritten zufrieden sind. Dieses Gutscheinprogramm für behinderte Schüler war das erste seiner Art und wurde später vom Bundesstaat Utah übernommen.

Floridas McKay-Stipendienprogramm – Zusammenfassung:

* Einführung:	Pilotprogramm 1999; erweitert 2001
* Teilnahmeberechtigt:	Alle behinderten Schüler im Bundesstaat
* Gutschein:	Durchschnittlich US\$ 6.000
* Schüler:	14.000 (2005)
* Aktuelle Rechtsprechung:	bisher keine Anfechtung

B. Steuergutschriften

Zusätzlich nutzen 11.400 Schüler im ganzen Bundesstaat Stipendien im Rahmen eines Programms, das eine Anrechnung der Spenden auf die Körperschaftssteuer ermöglicht. Im Rahmen dieses Programms können Unternehmen Steuergutschriften für Spenden an Stipendienfonds erhalten, die bis zu 75% ihrer gesamten Körperschaftssteuer ausmachen können. Die Stipendienfonds vergeben Stipendien von bis zu US\$ 3.500 oder den Betrag der Schulgebühren, je nachdem welcher Betrag niedriger liegt, an einkommensschwache Schüler, damit diese Privatschulen besuchen können, oder einen Gutschein im Wert von US\$ 500, damit sie eine öffentliche Schule in einem anderen Schuldistrikt besuchen können. Der Bundesstaat kann hierbei ein Maximum von US\$ 50 Mio. an Steuergutschriften im Jahr vergeben. Im Schuljahr 2005/2006 wird erwartet, dass das Programm mehr als 15.000 Schülern zugute kommt.

Steuergutschriften in Florida – Zusammenfassung:

* Einführung:	2001
* Teilnahmeberechtigt:	Einkommensschwache Bewerber für Stipendienprogramme
* Stipendium:	US\$ 3.500 oder Schulgebühren plus Bücher und Transport
* Steuergutschrift:	75% der Körperschaftssteuer des Bundesstaates, max. US\$ 88 Mio. für den Bundesstaat insgesamt
* Schüler:	15 000 (2005)
* Aktuelle Rechtsprechung:	bisher keine Anfechtung

Studien haben gezeigt, dass die Schulen Floridas sich allein durch die Einführung der Gutscheine immens verbessert haben (Greene, *Education Next*, 2001). 65% der Lehrer an öffentlichen Schulen sagten, der *A+ Plan* habe eine ‚mehr‘ oder ‚weniger‘ große Rolle bei der Verbesserung der Testergebnisse gespielt (2000). Wettbewerb war hier der entscheidende Hebel für die Verbesserungen, was die Steigerungen der Testergebnisse in den folgenden Jahren zeigen. Im Schuljahr 1999/2000 verzeichneten Schulen mit der Note „F“ eine Verbesserung von +17,59 Punkten in Lesen und von +25,66 Punkten in Mathematik. Schulen mit der Note „D“ verbesserten sich ebenfalls, allerdings in geringerem Ausmaß: +10,02 Punkte in Lesen und +16,06 Punkte in Mathematik (Greene, Manhattan Institute, 2001).

V. Steuergutschriften für Spender in Arizona

Ein Gesetz des Bundesstaats Arizona aus dem Jahr 1997 gewährt Einzelpersonen eine Steuergutschrift von bis zu US\$ 500 und verheirateten Paaren eine Steuergutschrift von bis zu US\$ 625 für Spenden an private Stipendienprogramme. Einzelpersonen können auch eine Steuergutschrift von bis zu US\$ 200 für Spenden für Veranstaltungen öffentlicher Schulen außerhalb des Lehrplans erhalten. Am 26. Januar 1999 bestätigte der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates Arizona die Rechtmäßigkeit der Steuergutschriften mit dem Argument, das Programm sei neutral in Bezug auf die Religion und begünstige einkommensschwache Familien. Zwischen 1998 und 2004 erzielte das Programm Einnahmen von US\$ 430 Mio., aus denen mehr als 98.000 Stipendien

finanziert wurden. Mehr als 80% der Stipendiaten stammen aus Familien mit geringem Einkommen.

Steuergutschriften für Spenden in Arizona – Zusammenfassung:

* Einführung:	1997
* Teilnahmeberechtigt:	Schüler, die sich um Stipendien für die Schulgebühren beworben hatten
* Steuergutschrift:	US\$ 500 (US\$ 1.000/Ehepaare) für Spenden an private Stipendienprogramme; US\$ 200 für Spenden an öffentliche Schulen
* Schüler:	Im Jahr 2004 wurden 21.160 Stipendien gewährt, US\$ 31,9 Mio. gespendet.
* Aktuelle Rechtsprechung:	Rechtmäßigkeit BESTÄTIGT im Jahr 1999, Oberster Gerichtshof von Arizona (Revision vom Obersten Gerichtshof der USA abgelehnt)

Hindernisse für die freie Schulwahl

Trotz der Fortschritte, die die freie Schulwahl in den Vereinigten Staaten gemacht hat, gibt es weiterhin einige Hindernisse. Die so genannten *Blaine Amendments* in den Verfassungen von 37 Bundesstaaten verbieten die Vergabe von Mitteln des Bundesstaates an religiöse Institutionen. Eine Reihe von Gerichten haben entschieden, dass diese verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Einbeziehung religiöser Schulen in Gutscheinprogramme nicht erlauben. Diese und andere negative Gerichtsbeschlüsse haben einige Programme zur freien Schulwahl aufgehalten oder ganz zu ihrem Abbruch geführt (z. B. in Colorado). Unterdessen stemmen sich Amerikas größte Lehrerwerkschaften, die *National Education Association* und die *American Federation of Teachers*, weiter gegen die freie Schulwahl, weil sie diese für ihre Interessen für bedrohlich halten. Ein weiteres Hindernis liegt im Widerstand der Wähler, die die freie Schulwahl als nicht in ihrem Interesse liegend empfinden. Meinungsumfragen weisen darauf hin, dass Wähler aus den Vorstädten und ältere Wähler Schulgutscheine eher nicht unterstützen.

Die freie Schulwahl selbst hat eine weitere Hürde geschaffen: Da die Anzahl der teilnehmenden Schüler begrenzt ist, bei einigen Programmen auf sehr wenige Teilnehmer, bieten die Programme keinen Anreiz zur Schaffung zusätzlicher

Bildungsoptionen in Regionen, die davon profitieren würden. In der Sprache des Markts schränken diese Projekte die Nachfrage ein und begrenzen somit die Innovation von Seiten der Anbieter. Im Fall Washington D.C. beispielsweise gibt es in der Stadt nur eine begrenzte Anzahl von privaten Highschools, die eine Alternative zu den öffentlichen Schulen bieten können: Die Begrenzung der Zahl der teilnehmenden Schüler (1.700 für die Klassenstufen K-12) schafft da wenig Marktanreize für die Eröffnung neuer Schulen.

Schlussfolgerung

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sich die Schulwahlmöglichkeiten der Eltern in den Vereinigten Staaten stark erweitert. Die amerikanische Bevölkerung hat die freie Schulwahl durch die Eltern aus einer Reihe von Gründen unterstützt. Dabei sind einige Schlüsselprinzipien von besonderer Bedeutung, darunter Elternrechte, soziale Gerechtigkeit und Markt vs. Monopol. Die Unterstützer der freien Schulwahl als Elternrecht argumentieren, dass Eltern das Recht und die Pflicht haben, die beste Schulumgebung für ihre Kinder auszuwählen. Das Argument der sozialen Gerechtigkeit fusst auf der Feststellung, dass freie Schulwahl ein Weg zu mehr Chancengleichheit ist, da die Schulwahlprogramme bisher zuerst benachteiligten Schülern zugute gekommen sind, so Schülern mit geringem Familieneinkommen, Schülern aus leistungsschwachen Schulen (FL, OH, NCLB) und behinderten Schülern (FL, UT). Vertreter des Marktansatzes argumentieren, dass das heutige Staatsmonopol auf die Erbringung von Bildungsleistungen dazu führt, dass Schulen wenig Anreize erhalten, bessere Leistungen zu erbringen. Ein marktorientiertes System, bei dem der Verbraucher die Wahl hat, kann die Bildungsanforderungen am besten befriedigen. All diese Argumente haben zu einer Ausweitung der Optionen bei der Schulwahl in den USA geführt.

Ein Anzahl von Kriterien zeigt, dass die freie Schulwahl positive Ergebnisse erzielt. Sie verbessert die Elternzufriedenheit mit den Schulen. Sie verbessert die Schulleistungen der teilnehmenden Schüler. Darüber hinaus verbessert sie die Leistungen der öffentlichen Schulen. Kurz, die freie Schulwahl durch die Eltern befördert ein Bildungssystem, das allen Schülern bessere Chancen bietet - unabhängig davon, wo sie zur Schule gehen.

Über den Autor:

Jennifer Marshall ist Direktorin für innenpolitische Studien bei der Heritage Foundation in Washington.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

PositionLiberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts
der Friedrich-Naumann-Stiftung

Gerhart Raichle (2004)
UMVERTEILUNG – WOZU, WIEVIEL, WIE?

Sascha Tamm (2004)
DIE ZUKUNFT EUROPAS – FREIHEIT UND WETTBEWERB

Detmar Doering (2004)
MYTHOS MANCHESTERTUM
Ein Versuch über Richard Cobden und die Freihandelsbewegung

Hartmut Kliemt (2005)
UTOPIEN INTERNATIONALEN RECHTS
Zur Moralität und Realität westlicher Machtausübung

Richard D North (2005)
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: EIN KONZEPT MIT ZUKUNFT?

Dirk Maxeiner und Michael Miersch (2005)
IST DIE LINKE NOCH LINKS?
Der Abschied von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

Jaap Scheerens (2006)
DIE ANWENDBARKEIT VON INTERNATIONALEN VERGLEICHsstUDIEN
IM SCHULBEREICH

David C. Berliner (2006)
DER STAAT UND DIE ARMEN

Peter A. Henning (2006)
DIE AUSWIRKUNG VON DEZENTRALISIERTEM WISSEN AUF DIE BILDUNG

Ulrich van Lith (2006)
EUROPA UND BILDUNG: HARMONISIERUNG VERSUS WETTBEWERB

Kenneth Minogue (2006)
BILDUNG UND DIE FREIE GESELLSCHAFT

Jean Redpath (2006)
EIGENVERANTWORTLICHE SCHULEN IN SÜDAFRIKA

Jürg de Spindler (2006)
INTERNER STEUERWETTBEWERB – DAS BEISPIEL DER SCHWEIZ

Gerrit B. Koester (2006)
DIE ÖKONOMIE DES INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERBS

James Bartholomew (2006)
SCHULBILDUNG OHNE DEN STAAT